

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 16.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 16. April 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellensuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Verbandslied.

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, strömt herbei in den Verband,
Reicht in treuer Bruderverliebe, froh und freudig Euch die Hand!
Laßt uns wirken, laßt uns schaffen, treu vereint zu jeder Zeit,
Mit der Wahrheit edlen Waffen, für des Volk's Zufriedenheit!

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, Alle die Ihr christlich denkt,
Die Ihr glaubt, daß über Sternen, noch ein Gott Geschicke lenkt!
Kommt und laßt vereint uns streben, für die Freiheit, für das Recht,
Für die Freiheit unsrer Brüder, für der Arbeit christlich Recht.

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, wacker, alle, Mann für Mann,
Lernt, daß Einigkeit und Treue, nur den Sieg uns bringen kann.
Laßt den Geist der Bruderverliebe pflanzen uns im Arbeitsland;
Laßt im lauten Kampfsgetriebe, uns strehn zu Gott und Vaterland.

Strömt herbei drum wackre Männer, — hart und groß ist schon
[die Not —
Daß dem Arbeitsmanne werde, kummerlos sein täglich Brot,
Mag man auch auf and'rer Seite stark und fest gerüstet stehn,
Wollen wir in schwerem Streite, nicht von uns'rem Posten gehn.

Ström hinaus du Lieb der Arbeit, schall hinaus ins weite Land;
Laß den Wehr für die Freiheit, durch das ganze Vaterland!
— Rafft Euch auf Ihr Arbeitsmänner, tretet ein in uns're Reih'n,
Nacht zur Tat das Wort des Liebes, dann wird es bald besser sein!

Erfahrungen.

Der der Arbeiterbewegung wohlwollend gegenüberstehende bürgerliche Sozialpolitiker hat in den letzten Jahren bald die Holzindustrie als einen der wichtigsten Industriezweige der Volkswirtschaft erkannt. Die gewaltige Ausdehnung der Holzindustrie in der Holzindustrie ließ solche Gedanken nicht aufkommen. Stellen sich doch Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen auf den Boden des Tarifvertrages und schiedelten sie dadurch den gemeinsamen Willen der gegenseitigen friedlichen Verständigung. Daß dieser Standpunkt von den Arbeiterorganisationen eingenommen wird, erscheint ohne weiteres verständlich. Für sie ist gemeinsames Verhandeln ein Fortschritt gegenüber dem „Herrn im Hause“-Standpunkte des Arbeitgebers. Doch auch die Arbeitgeberorganisationen lehnten es ab, in scharfmacherischer Manier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu diktieren.

Den Höhepunkt des Ansehens erreichte die maßgebende Arbeitgeberorganisation im Holzgewerbe ob ihres sozialfortschrittlichen Verständnisses jedoch, als auf der Generalversammlung der Gesellschaft für Sozialreform, im Nov. 1907, Obermeister Rahardt, erklärte, daß die Arbeitgeber im Holzgewerbe ohne Tarif (d. h. ohne gemeinschaftlich festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen) überhaupt nicht mehr arbeiten ließen. — Eine solche Sprache löste hellen Jubel aus und — die nachfolgenden Verhandlungen, die ihren Abschluß in Leipzig fanden, jenseits den ehrlichen Willen der Arbeitgeber, so weit sie im Rahardt'schen Verbandsorganisiert, zu befähigen. Für ca. 30 000 Holzarbeiter in 33 Städten wurden Tarifverträge abgeschlossen und das Ansehen der beiderseitigen Verbände stieg in der sozialpolitisch sich betätigenden Welt ganz gewaltig. Am meisten gewann der Arbeitgeber-Schutzverband. Sein Vorsitzender Rahardt wurde mit einem Landtagsmandate bedacht und mehrere Anschläge von bisher selbständigen Bezirksverbänden an den Rahardt'schen Verband erfolgten.

Dann kam eine Zeit der Ruhe, eine Ruhe, wie sie im Interesse des Gewerbes nicht zu wünschen war. Es zeigte sich nunmehr, daß die Hauptleitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes gar nicht in der Lage war, die Mitglieder zur Anerkennung der in Leipzig abgeschlossenen Tarifverträge zu bewegen. Nur wenige Verträge fanden an den Orten, wo sie Gültigkeit haben sollten, Anerkennung. Bis heute sind die meisten der in Leipzig abgeschlossenen Verträge von den örtlichen Instanzen des Arbeitgeberverbandes noch nicht unterzeichnet. Die Holzarbeiter in Städten wie Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Essen usw. arbeiten ohne Vertrag, weil die Arbeitgeber den abgeschlossenen Verträgen die Anerkennung versagen. Und die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist ohnmächtig, kann in der ganzen Sache nichts machen. Das Motto: „Ohne Tarifvertrag keine Arbeit“ findet bei den Arbeitgebern selbst die grüßlichste Mißachtung, weil sie eben im gegenwärtigen Zeitraum ein verträgliches Arbeitsverhältnis als für sie vorteilhafter ansehen.

Darum ist denn auch die Liebe des Arbeitgeber-Schutzverbandes zu den Tarifverträgen zu erkennen. Man geht wohl nicht zu weit in der Annahme, daß den Arbeitgeberverbänden die prinzipielle Anerkennung des gemeinsamen Verhandeln und des so zustande gekommenen Vertrags noch sehr fern liegt. Was sie zur Annahme

eines Vertrages bestimmt, sind lediglich Rücksichten auf die Zweckmäßigkeit des Vertrages, daß er zu gewissen Zeiten materiell für die Arbeitgeber von Vorteil ist. Die ideellen Gesichtspunkte sind hier ohne jegliche Bedeutung. Das sieht man auch an manchem anderen.

Wenn z. B. der Berliner Vertrag die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche vorsieht, und keine Klarheit über die Verteilung dieser Arbeitszeitverkürzung herrscht, so heißt es einfach, den Tarifgeboten mißachten, wenn der Arbeitgeber-Schutzverband in größtmöglicher Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit bestimmt, wie die Dinge kommen sollen. Das Einigungsamt für die Berliner Holzindustrie hat durch seine Entscheidung, die das Gegenteil von dem festlegt als das was die Arbeitgeber wollten, gezeigt, wie wenig dem Arbeitgeber-Schutzverbande an der tatsächlichen Praxis gelegen ist.

Noch weiter gingen die Würzburger Arbeitgeberverbände, als sie am 1. Februar den bestehenden Vertrag kündigten, der Kündigung gleich einen neuen Vertrag beifügten und erklärten, daß sie ein Nichtbeantworten des von ihnen einseitig aufgesetzten Vertrages stillschweigend als eine Anerkennung auffassen würden. Also auch hier keine Verständigung, sondern ein einseitiges Diktieren.

Der Südwestdeutsche Arbeitgeber-Schutzverband, Bezirksverband des Rahardt'schen Arbeitgeber-Schutzverbandes, bekundet dieselben Gesinnungen, die eben schon gekennzeichnet. Der Kündigung der Verträge in Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Pforzheim und Karlsruhe folgte ein „Normaltarifvertrag“, auf den die Kollegen binnen wenigen Tagen eine Antwort geben sollten. In der Arbeitgeberpresse wurde dazu erklärt, daß die Arbeitgeber eher ihre Betriebe schließen würden, als daß sie den Arbeitern Entgegenkommen zeigten. Dabei enthielt der „Normaltarif“-Bestimmungen, die geradezu als widersinnig bezeichnet werden mußten. So hätte der Arbeiter seinen Anspruch auf Entschädigung, wenn er durch Verschulden des Arbeitgebers in seiner Arbeit behindert war, als Negation auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte verboten usw. Die Pforzheimer Arbeitgeber erklärten bei der Kündigung des alten Tarifes gar, daß sie wohl wie im Vertrage vorgesehen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen würden, keinesfalls aber sich dem hier zu fallenden Schiedspritche zu unterwerfen gedächten.

Derartige Proben einer Auffassung des Tarifvertrageswesens sind wirklich nicht geeignet, den Arbeitgeberorganisationen blindlings Vertrauen zu schenken. Wo es ihnen paßt, schließen sie Verträge mit den Arbeiterorganisationen ab, und wo es ihnen nicht paßt, föhren sie sich den Teufel daran. Das zeigt sich auch jetzt im Ruhrrevier. Der Rahardt'sche Verband zeigt sich zur Durchführung des Vertrages in Essen ohnmächtig. Er hat die Geschicke des Holzgewerbes vertrauensvoll in die Hände des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gelegt, der nunmehr versucht, einem (d. h. seinem) Tarifvertrage Geltung zu verschaffen, der den Arbeitern nichts bringt, als eine mehrjährige, wenn nicht dauernde Fesselung an Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die nicht in Einklang stehen mit der guten Prosperität des Gewerbes und den Gewinnen der Arbeitgeber.

Die Pläne der Arbeitgeber zumache zu machen, ist Aufgabe aller Kollegen. Die Erfahrung muß unsere Lehrmeisterin sein und diese lehrt uns, daß wir gut tun, wenn wir nicht jeder Tarif-Friedensschalmei hören und Glauben schenken. Nicht vergessen mögen unsere Kollegen im Ruhrrevier heute, daß sie es mit demselben Arbeitgeberbund zu tun haben, dessen Mitglieder bei der ersten größeren Bauarbeiterbewegung örtliche Tarifverträge einfach gebrochen haben, um einen Bezirksarbeitsvertrag zu erzwingen; es ist derselbe Arbeitgeberbund, der die schlechte Konjunktur rücksichtslos gegen die Bauarbeiter bei den letzten Tarifverhandlungen ausgenutzt hat. Das wollen wir uns merken!

Die Frau im Wirtschaftsleben.

Welche Stellung muß der Frau im heutigen Leben, besonders im Wirtschaftsleben eingeräumt werden? — Eine Frage, die sich schon mancher vorgelegt hat, die aber schließlich durch die verschiedensten Vorurteile eine Lösung nicht fand. Und in der Tat, es ist wohl keine Frage so verwickelt als wie gerade diese. In den Kreisen der Frauen selbst kann man die verschiedensten Ansichten hören; sei es in bezug der Stellung der Frau oder in bezug auf die Aufgaben und Pflichten, die derselben im allgemeinen wirtschaftlichen Leben erwachsen.

Um darüber etwas genauer unterrichtet zu werden, hatte es sich die Zahlstelle München angelegen sein lassen, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, zu der auch eine stattliche Anzahl Frauen erschienen waren, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Als Referentin war die Sekretärin des katholischen Frauenbundes, Frä. Einhäuser, gewonnen

worden. Von einer Frau selbst sollte die Frage beantwortet werden.

Stärker als sonst, so führte die Referentin aus, machen sich im Leben der Frau die Veränderungen des Wirtschaftslebens bemerkbar und schlagen auch viel tiefere Wunden in das gesamte soziale Leben. In dem geschlossenen Kreis der Familie ist die Tätigkeit der Hausfrau. Das trifft jedoch für uns in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr in allen Teilen zu. Der alte Grundsatz: „die Frau gehört ins Haus“ hat eine Aenderung erfahren. Die Bedürfnisse der Familie, an deren Beschaffung früher Frau und Töchter das ganze Jahr über Beschäftigung hatten, werden heute von der Fabrik schneller und billiger hergestellt. Wo einstens mehrere Familienmitglieder zur Bewältigung der Arbeit notwendig waren, ist kaum mehr eine Kraft erforderlich. Die Frau wurde also geradezu aus der Familie in den Erwerb hinausgetrieben. So finden wir bereits in Deutschland 8 1/2 Millionen Frauen, die erwerbstätig sind. Zwei Drittel aller Mädchen müssen sich selbst ernähren. Wenn die Ehe als der Hauptberuf der Frau angesehen wird, so ist das in vollem Maße nicht richtig, da ja nur ein bestimmter Teil, etwa 1/4 aller Frauen, zur Ehe kommen kann. Weiter sind nach dem 50. Lebensjahre die Hälfte aller Frauen wieder auf sich selbst angewiesen. Der angeführten Ursache der Entwicklung ist noch hinzuzufügen, daß die Feuerung der Lebensbedürfnisse (Wohnung u. dgl.) es dem Vater unmöglich machen, den Unterhalt der Familie allein zu bestreiten. So müssen neben den erwachsenen Söhnen auch die Frauen und Töchter eine Erwerbstätigkeit ergreifen. Fast durchgehend ist dieses in den minderbemittelten Gesellschaftsklassen, besonders aber in der Arbeiterschaft der Fall. Dadurch werden große Uebelstände heraufgebildet. Am stärksten leidet darunter die Familie selbst, wird doch durch die angestrengte Tätigkeit der Mutter die Gesundheit derselben untergraben und das häusliche Glück zerstört; nicht zu reden von der mangelhaften Erziehung der den ganzen Tag auf sich selbst oder fremde Menschen angewiesenen Kinder. Deshalb muß es eine Hauptaufgabe unserer Zeit sein, sich der Frauen anzunehmen, die auf den Erwerb angewiesen sind, um nicht die Verhältnisse vieler Familien noch ungünstiger zu gestalten. Eine Notwendigkeit ist es, auf die ungelernete Arbeiterin ein besonderes Augenmerk zu richten, die sehr leicht zu einer Lohnrückerin werden kann, die es in den meisten Fällen auch schwer zu einem guten Lohn bringen wird. Es muß vor allem verlangt werden, daß die Fortbildungsbemühungen immer mehr gefördert werden, damit auch das junge Mädchen Gelegenheit hat, sich Kenntnisse für den Beruf und das Leben zu erwerben. Eine geordnete Arbeitsvermittlung soll ebenfalls das ihrige dazu beitragen, dem Wesen der Frau entsprechende Arbeit zu vermitteln.

Dadurch, daß ungefähr 4 1/2 Millionen weibliche Personen überhaupt nicht zur Ehe kommen, also ihren Beruf in derselben nicht finden und somit auf sich allein angewiesen sind, ist es notwendig, daß neue Berufe der Frau erschlossen werden. Dieselben müssen der weiblichen Besonderheit entsprechen. Erinnerung sei, wie die Frau als Krankenpflegerin sich der sozialen Not annehmen kann, wie dieselbe als Metzgerin berufen wäre, der Allgemeinheit zu dienen. Auch die Forderung der weiblichen Fabrikinspektoren usw. entspricht dem Wesen der weiblichen Berufstätigkeit. Kurz, eine Menge von Berufen, die mehr für die Frau als für den Mann geeignet sind, können der Frau eröffnet werden.

Wird die Frau immer mehr aus dem Haus in den Erwerb und das öffentliche Leben gedrängt, so gewinnt die Forderung nach einer selbständigeren Vertretung ihrer Rechte auch mehr an Berechtigung. Ist also dieselbe im Erwerb und im Leben auf sich selbst angewiesen, so sollte sie auch zur Vertretung ihrer Rechte keines Vornundes bedürfen. Hier sei es besonders zu begrüßen, daß der Gesetzesentwurf zu den Arbeitskammern den weiblichen Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht vorsieht. So müßte es auch in allen übrigen Fällen sein, bei denen die Interessen der Frauen eine Rolle spielen.

Unersäglich ist es weiter, daß die Organisation der Frau immer mehr an Bedeutung gewinnt. Besonders sollte es an der Mitarbeit der Frau in allen Fragen, bei denen die Weltanschauung eine Rolle spielt, nicht fehlen. Das trifft wohl hauptsächlich auch bei der Frauenorganisation zu. Da bedarf es wiederum des Zusammenarbeitens aller Stände, um in gemeinschaftlicher Arbeit Erprobliches zu leisten. Sorgt der Mann in den gewerkschaftlichen Organisationen unter Darbringung großer Opfer dafür, daß die Arbeitsbedingungen bessere werden und damit das Einkommen gesteigert wird, das eine Beschränkung der Erwerbsnotwendigkeit der Frau zur Folge hat, so muß andererseits die Frau in geeigneten Organisationen ebenfalls dafür sorgen, daß der Mann im Kampfe mit den mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen unterstützt wird. Hier ist die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, wie sie beispielsweise in dem Gewerksverein der Heim-

Die Depressionsperiode von Depressionsperiode trennen, breiter als vorher.

Schließlich legt Bernstein dann noch die Art an die tatsächlich im Erfurter Programm immer noch existierende Verelendungstheorie, die in ihrer jetzigen Form unbedingt fallen müsse.

Die Tabakarbeiter im Kampfe gegen die Tabaksteuer. Die Tabakarbeiter kämpfen seit Monaten gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks. Bei der letzten Zoll- und Steuererhöhung vom Jahre 1879 sind Tausende arbeitslos geworden, die Löhne gekürzt und die Tabakindustrie vielfach von einer Gegend in eine andere — mit billigeren Arbeitskräften — verlegt worden.

Die im Auftrage des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands dieser Tage in Berlin versammelten Vertreter des Vorstandes genannter Organisation sehen sich durch die neuerliche Vorgänge in der Tabaksteuerfrage veranlaßt, nochmals an den hohen Reichstag heranzutreten.

Mit allem Nachdruck müssen wir, als die Vertreter der christlichen Tabakarbeiter Deutschlands, in Uebereinstimmung mit der Interessen der gesamten Tabakarbeiterklasse, gegen die vom Deutschen Reichstag in seiner ersten Lesung beschlossene Tabaksteuererhöhung von 22 Mark 5 Pf. gestanden sein.

Wir werden vor allem auf die Tatsache hin, daß der vom Reichstag des Deutschen Reiches beschlossene Beschluß eine Ignorierung der von der Generalversammlung des genannten Reiches beschlossenen Erklärung zur Tabaksteuererhöhung ist.

Der Reichstag, der fast ausschließlich aus Geschäftsleuten besteht, hat mit dem Beschluß, selbst wenn er glänzte, dadurch Schaden zu stiften zu müssen, hauptsächlich seine eigenen Interessen begünstigt. Die Parteimitglieder werden die für die Verteidigung der Tabaksteuererhöhung — besonders vom sozial-wirtschaftlichen Standpunkte aus — maßgebende Reichheit der Reichsversammlung, im Falle seiner Gefährdung, an den Rand des Reiches geschoben zu werden und mittleren Erzeugern.

Wir rufen daher an die Fraktionen des hohen Reichstages sowie an die Mitglieder der Finanzkommissionen wiederholt die Bitte, sich nicht von den Vorurteilen der Geschäftsleute leiten zu lassen, die durch diese eine schandliche Kontraktion gegen die Reichsversammlung herbeiführen, wenn die größte Zahl der Arbeiter mitbetroffen würde. Wir erheben den Ruf, die auf dem Spiele stehenden Interessen der vielen Tausenden von Arbeitern, Kleinrentnern und mittleren Fabrikanten, Händler usw. zu berücksichtigen. Wir betonen hierüber insbesondere auf die in letzter Session vom Januar dieses Jahres angestrichelten Gebote und bitten nach wie vor jede weitere Verschärfung der Tabaksteuer abzulehnen.

Das kaiserliche Arbeitsamt zu Freiburg i. B. gibt soeben den Geschäftsbericht für das Jahr 1908 heraus, der uns allgemein interessierende Angaben enthält. So kamen im Berichtsjahre auf 14 366 verlangte Arbeitsstellen 26 744 Arbeitsuchende = 186,2%. Der größte Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage war im Monat Dezember zu verzeichnen, indem auf 606 verlangte Arbeitsstellen 1996 Arbeitsuchende = 329,4% kamen.

Die Zunahme entfällt nur auf die Arbeitslosen und war die Zahl der Gesuche infolge der zurückgehenden Arbeitsgelegenheit von 31 117 im Jahre 1907 auf 36 879 im Jahre 1908. Seit 14 Jahren war der Stand der Beschäftigung nicht mehr so ungünstig wie im Berichtsjahre.

hältnismäßig starke Inanspruchnahme (964 Gesuche seit dem 7. Mai) beweist, daß damit einem dringenden Bedürfnisse entsprochen worden ist. Weiter wurde das Arbeitsamt mit der Kontrolle und Zuweisung der Arbeiter zu den städtischen Notstandsarbeiten beauftragt. An letzteren, wobei bis zum Schlusse des Jahres etwa 150 Personen beschäftigt, die weitere mannigfaltige Tätigkeit, so Abgabe von Gutachten, Mitwirkung im Verbands- der badischen und der deutschen Arbeitsnachweise, die innere Organisation, ist ein Beweis von der Zweckmäßigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise, die, wenn richtig ausgebaut und praktisch gehandhabt, eine eminent wichtige soziale Aufgabe zu lösen imstande sind.

Zur Frage der Arbeitskammern nahm das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln in einer Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz, die von 50 Jahlstellen befehligt war, Stellung. Die Forderungen der Kölner christlichen Arbeiter zum Arbeitskammerentwurf wurden in folgender Resolution festgelegt:

„Die Konferenz erklärt sich grundsätzlich für Schaffung paritätischer Arbeitskammern. Sie ist der Ueberzeugung, daß dieselben gegenüber reinen Arbeiterkammern eine größere Gewähr für praktische Erfolge bieten und viel mehr geeignet sind die Interessengegenstände zwischen Unternehmer und Arbeiter zu mildern und so dem sozialen Frieden zu dienen. Die Versammlung begrüßt die Einbeziehung des Handwerks und der Heimindustrie in das Gesetz und erwartet fernerhin: 1. Die Einbeziehung sämtlicher staatlicher Betriebe in das Gesetz; 2. eine Erweiterung der Befugnisse der Arbeitskammern, insbesondere bezüglich Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe und Mitwirkung bei Schaffung von Tarifverträgen; 3. die Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigten auf 21 Jahre und der Wählbarkeit auf 25 Jahre; 4. die Wählbarkeit der Angestellten der Arbeiter wie der Arbeitgeberorganisationen. Die Beratung und Entscheidung über die Lebensinteressen der Arbeiterschaft kann nicht ohne deren berufenen Vertreter vorgenommen werden. Ohne die Zustimmung dieser Personen würde die Einrichtung fast jeden Wert verlieren und das Interesse an ihr seitens der Arbeiterschaft auf das denkbar geringste Maß herabgedrückt werden. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß Parlament und Regierung vorstehende Verbesserungsvorschläge verwirklichen.“

Die deutsche Sozialdemokratie in englischer Beleuchtung. Ueber den Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie, den Kampf zwischen Marxisten und Revisionisten, und die Aufgaben der „freien“ Gewerkschaften bei alledem äußert sich in der englischen „Socialist Review“ der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“, Beer. Er stellt die tatsächlich erfolgte Entwicklung im Vergleich zu dem, was Marx und Engels vorhergesehen hat, und sagt, je mehr er sich in das Lebensmeer der letzteren vertieft habe, um so fester habe sich bei ihm die Ueberzeugung festgesetzt, daß das, was jene eigentlich erzieht hätten, nicht eine sozialistische Partei, sondern eine unabhängige Arbeiterbewegung sei. Zur Herbeiführung einer Organisation in letzterem Sinne hätten sie die Zetzelung und Zerstückelung des Sozialismus gemüht, was sich unabweisbar aus ihren Schriften, von den ältesten bis zu den jüngsten, ergebe.

Ich habe mich oft darüber gewundert, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelungen ist, den größten Teil der organisierten Arbeiterbewegung um ihre Fahne zu sammeln, und ich kann das lediglich auf die Tatsache zurückführen, daß die ursprünglichen Elemente der marxistischen Sektion der Partei Mitglieder der alten Internationalen und durchdrungen waren von deren Geist, welcher in nichts anderem bestand, als in der Organisation einer unabhängigen Arbeiterbewegung. Die heutige Konfession der letzten Jahre zwischen Marxisten und Revisionisten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sind nichts anderes als der Kampf zwischen Arbeiterbewegung und sozialistischer Partei um die Wiederherstellung des Machtanspruchs... Das eigentliche Hindernis, das sich dem Fortschreiten der deutschen Sozialdemokratie gegenwärtig entgegenstellt, ist die Zerstückelung der deutschen Arbeiterorganisationen. Neben den „freien“ Gewerkschaften — Beer selbst nennt sie sozialistische! — bestehen sich Klassen von organisierten Arbeitern zu der katzenhaften (?) Sozialdemokratie, zu den liberalen und zu sonstigen nicht-sozialistischen Parteien. In diese aber kann die Sozialdemokratie als politische Partei nicht herankommen: sie können ihren letzten Grund (?) nur erlangen werden durch die sozialistischen Gewerkschaften, mit denen sie in tägliche Berührung kommen in Fabrik, Werkstatt und Bergwerk, so daß zwischen ihnen notwendigerweise ein Gefühl der Arbeiterkohäsion heranwachsen muß.“

Hiermit ist 1. fest, daß diejenigen Sozialisten, die sich am liebsten zu Marx bekennen, am wenigsten — marxistisch sind, und 2., daß Beer ein guter Beobachter der Realität der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, insofern ihr Herankommen an die anderstgestimmten Arbeiter in Frage kommt. Dagegen beharren aber 3. keine Ausführungen einer Verächtlichmachung, und zwar einer sehr wesentlichen, dahin, daß auch diese sozialdemokratischen Gewerkschaften keineswegs etwa an eine unabhängige Arbeiterbewegung denken, sondern, daß sie nichts Besseres zu tun wissen, als ihre Mitglieder mit Haut und Haaren eben jener katzenhaften sozialdemokratischen Partei zu verschreiben. Der Augen hat, zu sehen, der sieht es Tag für Tag. Dem nächsten deutschen Engländer müßte das allerdings recht verwunderlich vorkommen.

Aus Arbeitgeberkreisen. Generalsammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Am 29. und 30. März fand in Kassel die 10. ordentliche Generalsammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe statt. Aus dem vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund gegenwärtig in 18 Bundes- resp. Bezirksverbänden und 389 Ortsverbänden 20 222 Mitglieder zählt. Der Vorsitzende des Bundes, Herr Jelsch, erklärte in seiner Schlussrede, daß der Arbeitgeberverband die Aufgabe habe, die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten und die Beziehungen zu den Arbeitnehmern zu verbessern.

das Bundes sei es nicht möglich gewesen, zu einem Friedensschluß bis 1. April 1910 zu kommen. Nach dieser mußte er von neuem seine Macht und Kraft zeigen, um einem neuen Tarifabschluß und damit zu einem neuen Friedensschluß zu kommen. Die beste Aufgabe sei, die großen wirtschaftlichen Machtkämpfe zu vermeiden; das sei aber möglich, wenn sie (der Bund) zu immer größerer Macht und Ansehen gelangten. In der Zukunft sehe ich, und hier liegt ein Bekenntnis von programmatischer Bedeutung, dauernden Frieden mit unsern Arbeitern.“ So Herr Jelsch, wörtlich, selber ist eine Begründung in der „Baugewerkszeitung“ dieser Programmrede nicht gegeben.

Ueber den Abschluß eines Kartellverhältnisses mit den Verbänden der deutschen Tiefbauunternehmer berichtete Herr Heuer (Berlin). — Herr Lüscher (Frankfurt) referierte über die vom Bundesvorstand aufgestellten Grundzüge über die Organisation der einzelnen Verbände und deren Kartellieren mit anderen Verbänden.

Ein weiterer Antrag, Anschluß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände, wurde von Friz (Essen) begründet; beschloß wurde, vorläufig den Anschluß mit einer Arbeiterzahl von 100 000 zu vollziehen, um dadurch die hohe finanzielle Lastung zu vermindern. Ferner wurde Stellung gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren im Baugewerbe genommen, und eine Protestresolution gegen die Arbeitskammern beschlossen. Herr Jelsch teilte mit, daß es in im preussischen Landtage gelungen sei, die Mehrheit von der Verfechtung der Arbeiterkontrolleure zu überzeugen.

Zur Vorberatung der Tarifverhandlungen in 1910 ist eine Kommission eingesetzt worden; über deren Beratung noch nicht mitgeteilt wurde. Herr Enke (Leipzig) meinte, es gelte einmal das Erreichte zu erhalten, und weitere Verbesserungen in dem alten Normaltarif zu erreichen. Das bedeutet natürlich für die Arbeiter weitere Verschlechterungen. Das ist nicht so sehr nach dem Frieden, den eingangs Herr Jelsch so laut pries. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreie auch in ihrem Bericht über die Generalversammlung des Bundes zum Schluß, nachdem sie auf seine Macht hingewiesen: „Deshalb können sie auch mit Ruhe den Stürmen entgegensehen, die im Frühjahr 1910, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sind“. Das ist gewiß deutlich!

Die Signatur der Generalversammlung war: Stärkung des Bundes durch straffe Organisation, Kartellierung verwandten Gewerben, Agitation und Vorbereitung für spätere Tarifbewegungen. — Jedem Arbeiter sollte das denken geben.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder ausgenommen, von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder bezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benütze Fragekasten.

Antwort 9: Man löte auf die hintere Seite Messings Meise, aber doch schon handhastige Stiften schläge es dann ins Holz hinein; lege jedoch beim Hineinschlagen Holz oder ein Stück Leder unter, damit das Messing nicht zerfalten wird. Dem Knoblochleim ist am besten ein Schlemmkreide hinzuzumischen, was für Metall sehr bin-

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich möglichen Kürze in der Fassung zu betheiligen.

Wohnungskunst- und Holzarchitektur. Gratis und frank erhalten sie auf Wunsch eine Probenummer der Zeitschrift „Wohnungskunst und Holzarchitektur“. Verlag: A. Busch u. Co. Würzen i. Sa. (Vierteljährl. 6 Hefte 2 M.)

Tapetierer! Tüchtige Gehülfen werden andauernd gesucht. Verbands-Arbeitsnachweis für Tapetierer, Polsterer und Dekorateur. Köln, Palmstraße 14, Telefon 3210.

Tüchtige Tischler auf Eigenmöbel, für dauernd gesucht. Ludwig Brackmann, Tischlermeister, Lengerich i. Westf.

Tüchtige Möbeltischler und feine Polsterer auf bessere furnierte Möbel sofort gesucht. Bogtländ. Möbelfabrik und Kunstschleifer, Trenz.

Zwei tüchtige Korbmacher auf Reifkorb gesucht. Offerten erbeten an Baptist Stumpf, Kronach, Kronachstraße.